

AUSGABE 2-2026  
INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER  
UND POLITIK

# Notizen



**DEUTSCHLANDS STÄRKE:**

**UNSER ÖFFENTLICHER DIENST**

**INTERVIEW  
MIT  
dbb-Chef  
VOLKER GEYER**  
SEITE 07 ff.

**ARBEITSVORGANG  
TdL ESKALIERT**  
SEITE 06

**JUMIKO  
HAMBURG**  
SEITE 10

**TERMINE UND  
INFORMATIONEN  
AUS DEN LÄNDERN**  
SEITE 16 ff.

# Die bessere Bank für den öffentlichen Dienst

## Warum entscheiden, wenn alles geht?

Mit digitalen Services und persönlicher Beratung verbinden wir das Beste aus beiden Welten. Unser spezialisiertes Team für den öffentlichen Dienst begleitet Sie zuverlässig in jeder Lebensphase.

## Ihre Vorteile

- ✓ Konto mit Startprämie
- ✓ Top-Konditionen für Geldanlage und Investments
- ✓ Baufinanzierung mit Zinsvorteil für Mitglieder
- ✓ Wunschkredit – schnell und günstig
- ✓ Bundesweites Filialnetz

## Wir sind für Sie da

In Ihrer Filiale vor Ort  
Telefon 0721 141-0  
info@bbbank.de

Angebote entdecken



[bbbank.de/oeffentlicher-dienst](https://bbbank.de/oeffentlicher-dienst)



# Themen

- *Vorwort Bundesleitung* ..... 03
- *Bundesjustizministerin Stefanie Hubig im dbb magazin* ..... 04
- *Meinung: Rechtsstaat am Limit - Politik spielt auf Zeit* ..... 05
- *Arbeitsvorgang: TdL zündet nächste Stufe der Eskalation* ..... 06
- *Interview mit Volker Geyer* ..... 07
- *Justizministerkonferenz Hamburg am 11.06. - 12.06.26* ..... 10
- *Bundesjugendtag in Koblenz* ..... 11
- *Fachbereich Senioren: Tagung in Saarbrücken* ..... 12
- *Fachbereich Menschen mit Behinderung tagte in Königslutter* ..... 14
- *Landesverband Brandenburg* ..... 16
- *Landesverband Nordrhein-Westfalen* ..... 17
- *Landesverband Saarland* ..... 18
- *Landesverband Sachsen-Anhalt* ..... 19
- *Terminübersicht 2026* ..... 20



## VORWORT

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir stehen 2026 an einem Punkt, an dem sich entscheidet, ob dieser Rechtsstaat weiter nur verwaltet wird – oder ob er endlich so gestärkt wird, wie es die Menschen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie in allen weiteren Bereichen der Justiz seit Jahren verdienen. Wer jetzt den Pakt für den Rechtsstaat weiterhin ausbremst, Stellen auf Kante plant, Digitalisierung nur halbherzig denkt und die Thematik Arbeitsvorgang auf dem Rücken der Beschäftigten austragen lässt, legt die Axt an die dritte Gewalt. Das ist kein technischer Streit um Haushaltszahlen, sondern eine offene Belastungsprobe für den Rechtsstaat – und für die Kolleginnen und Kollegen, die ihn Tag für Tag trotz Überlastung am Laufen halten. Diese Ausgabe der DJG-Notizen macht deutlich: Die Justiz ist am Limit – und die Politik spielt noch immer zu oft auf Zeit. Überall stoßen wir auf schöne Worte und faule Kompromisse, wo wir klare Entscheidungen und spürbare Verbesserungen brauchen. Wer ernsthaft vom „starken Rechtsstaat“ spricht, kann nicht unsere Kolleginnen und Kollegen mit immer neuen Aufgaben und immer weniger Ressourcen allein lassen.

Die vielen Berichte aus Fachbereichen, aus der Jugend und den Senioren, aus den Landesverbänden und von Konferenzen machen eines klar: Die DJG ist präsent, unbequem und beharrlich – in Ministerien und Parlamenten, in Gremien und Kommissionen, auf Tagungen und vor den Dienststellen. Überall, wo Kolleginnen und Kollegen Missstände offen benennen, Bündnispartner suchen und gewerkschaftlich handeln, wächst der Druck auf die Verantwortlichen – und wächst die Chance auf echte Veränderung.

Die Themen dieser Ausgabe zeigen, wie groß der Handlungsbedarf ist – vom Ringen um den Pakt für den Rechtsstaat über die Auseinandersetzung um faire Eingruppierung und gute Arbeitsbedingungen bis hin zu Fragen der Digitalisierung, der Nachwuchsgewinnung und der Wertschätzung für alle Berufsgruppen in der Justiz. Besonders deutlich wird dabei: Gute Justiz entsteht nicht durch Sonntagsreden, sondern durch entschlossenes gewerkschaftliches Handeln, Zusammenhalt und klare politische Forderungen.

Gleichzeitig macht diese Ausgabe auch Mut. Sie zeigt, wie stark die DJG in den Ländern, in den Fachbereichen und in den Gremien ist, wenn Kolleginnen und Kollegen sich einmischen, Position beziehen und gemeinsam für Verbesserungen streiten. Diese Vielfalt ist kein Nebenschauplatz, sondern Ausdruck unserer Stärke – und sie ist die Grundlage dafür, dass wir auch künftig nicht locker lassen, wenn es um die Zukunft der Justiz und die Würde der Arbeit in ihr geht.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Euch für die Sommerwochen Momente der Erholung, Zeit mit den Menschen, die wichtig sind, und vor allem neue Kraft für das, was vor uns liegt. Wir freuen uns auf unser DJG-Spätsommerfest im September, bei dem Mitglieder der Landesverbände sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verbänden zusammenkommen werden. Wir werden nicht nur miteinander feiern, sondern auch deutlich machen: Die Justiz lässt sich nicht länger von Krise zu Krise verwalten – wir kämpfen gemeinsam dafür, dass sie endlich die Anerkennung, die Ausstattung und die Perspektiven erhält, die sie braucht.

Mit kollegialen Grüßen  
Beatrix Schulze und Klaus Plattes



Dr. Stefanie Hubig:  
**„Wir brauchen  
 einen Rechtsstaat,  
 der für  
 jeden und jede  
 spürbar  
 funktioniert –  
 jeden Tag!“**

Bildquelle: BMJV, Pressefotos; Felix Zahn / photothek.de

In einem Interview mit dem dbb magazin (April 2026) warnt Bundesjustizministerin Dr. Stefanie Hubig vor der anhaltenden Überlastung der Justiz. Sie fordert mehr Personal, konsequente Digitalisierung und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

### Stand der E-Akte und Digitalisierung

Die E-Akte wurde zum 1. Januar 2026 als Standard in der Justiz eingeführt. Es gelten jedoch noch Übergangs- und Ausnahmeregelungen. Hubig erklärt, dass die E-Akte an vielen Stellen bereits flächendeckend angewendet wird und die Arbeit erleichtert. Trotzdem funktioniert das System noch nicht überall optimal. Bis zum 1. Januar 2027 soll die E-Akte in allen Justizbehörden vollständig etabliert sein. Die Ministerin ist zuversichtlich, dass dies auch in allen Bundesländern gelingt.

Ein Problem ist, dass Papier- und digitale Akten oft parallel genutzt werden. Das kann zu einem sogenannten „Hybridchaos“ führen. Hubig fordert deshalb bundesweit abgestimmte Mindeststandards. So sollen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizverwaltungen besser zusammenarbeiten können. Besonders wichtig sei die Interoperabilität der IT-Systeme. Das bedeutet zum Beispiel, dass Daten nahtlos mit der Polizei ausgetauscht werden können. Auf diese Weise sollen Medienbrüche vermieden und E-Akte sowie Ermittlungsdaten verbunden werden.

### Polizei-Justiz-Austausch und gemeinsame Standards

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz. In Strafverfahren nutzt die Justiz häufig polizeiliche Ermittlungsdaten. Diese sollten möglichst ohne Medienbruch in die E-Akte übernommen werden. Deshalb läuft das Projekt „Digitaler Austausch zwischen Polizei und Justiz“. Dabei definieren Bund und Länder gemeinsame Schnittstellen, um

verschiedene IT-Systeme zu verbinden. Ziel ist eine einheitliche Schnittstelle, die automatischen Datenaustausch ermöglicht und die Verfahrens- sowie Bearbeitungszeiten verkürzt.

Hubig betont, dass die Justiz nur durch standardisierte Systeme, einheitliche Beschaffungsprinzipien und gemeinsame Schnittstellen langfristig effizienter und belastbarer wird. Fehlen diese Vorgaben, bleibt die Digitalisierung fragmentiert. Das führt dazu, dass die Arbeitsbelastung der Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeiter weiter steigt.

### Pakt für den Rechtsstaat: Personal und Digitalisierung

Ein zentrales Thema ist der angekündigte „Pakt für den Rechtsstaat“ für die laufende Legislaturperiode. Hubig sagt, der Rechtsstaat muss spürbar und verlässlich funktionieren – jeden Tag für alle Menschen. Zurzeit stoßen viele Justizorgane jedoch an ihre Belastungsgrenzen. Verfahren werden manchmal wegen Fristüberschreitungen eingestellt. Das ist für die Betroffenen schwer verständlich und für die Beschäftigten emotional belastend.

Der Pakt der Bundesregierung soll etwa eine halbe Milliarde Euro umfassen. Das Geld soll vor allem in Digitalisierung und Personal fließen. Da der Bund Richterinnen und Staatsanwälte nicht direkt finanzieren kann, dient die Mittelzusage als Anschubfinanzierung. Die zusätzlichen Stellen müssen von den Ländern geschaffen werden. Hubig betont, dass Digitalisierung allein nicht ausreicht. Sie muss durch Personal unterstützt und organisatorisch begleitet werden, um die große Anzahl an Verfahren wirksam zu reduzieren.

### Bedingungen für eine leistungsstarke Justiz

Hubig beschreibt eine leistungsstarke Justiz als eine, die gut strukturiert, digital und personell gut ausgestattet ist. Sie fordert klare Leitplanken zwischen Bund und Ländern. Dazu gehören

gemeinsame IT-Standards, Beschaffungspraktiken und Qualitätskriterien für Softwarelösungen. Nur so könne verhindert werden, dass jede Behörde eigene Systeme benutzt, die sich nicht verbinden lassen.

Zugleich betont sie, dass Digitalisierung nicht nur Rationalisierung, sondern Entlastung für die Beschäftigten bringen soll. Automatisierte Routinetätigkeiten, papierlose Abläufe und ein nahtloser Datenaustausch mit Polizei und anderen Behörden sollen die Flut an Verfahren verringern und für mehr Kontinuität sorgen. Hubig unterstreicht, dass die Justiz das Herzstück des Rechtsstaats ist und deshalb gut aufgestellt und ausgestattet sein muss – auch zum Schutz der Beschäftigten und für die Gleichheit vor dem Gesetz.

Hubigs Analyse zeigt, dass die Justiz sich nicht nur mit Technik entlasten lässt. Es braucht eine politische Vereinbarung sowie eine personelle und infrastrukturelle Aufstockung. Diese muss Bund und Länder gemeinsam tragen.

## Fazit für die Praxis in der Justizverwaltung

Für die tägliche Arbeit in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizverwaltungen bedeutet das:

- Die E-Akte muss bis spätestens 01.01.2027 vollständig eingeführt sein. Dafür ist eine konsequente Umstellung von Papier auf digitale Abläufe nötig.
- Die Kommunikation mit Polizei und anderen Behörden muss auf einheitlichen Schnittstellen und Standards beruhen. So lassen sich Medienbrüche vermeiden.
- Digitalisierung und Personal gehören zusammen: Automatisierte Systeme entlasten nur, wenn genügend Beschäftigte da sind, die die Verfahren steuern und bearbeiten.

Quelle: dbb magazin April 2026, Seite 12/13, aufgerufen unter: [www.dbb.de/fileadmin/user\\_upload/dbb/epaper/2026/dbb\\_magazin\\_26\\_04/12/](http://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/dbb/epaper/2026/dbb_magazin_26_04/12/)

## MEINUNG

# Rechtsstaat am Limit – und die Politik spielt auf Zeit

Die Situation in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist seit langem bekannt: Die Zahl der offenen Verfahren ist in den letzten Jahren stark gestiegen, und die Verfahren dauern immer länger. Opfer und Beschuldigte warten oft jahrelang auf ein Ergebnis. Gleichzeitig fehlen bundesweit tausende Richterinnen, Richter und Staatsanwälte. Eine große Pensionierungswelle ist bereits im Gange. Politische Schlagworte wie „harte Kante“ oder „Null Toleranz“ helfen in der Praxis wenig, denn Personalmangel und veraltete Strukturen machen eine wirksame Umsetzung schwer.

Das zeigt sich besonders deutlich in jenen Bundesländern, wo Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug seit Jahren am Limit arbeiten. Das führt zu mehr Arbeit für die Mitarbeiter, hohen Krankenständen und einer hohen Fluktuation. Trotzdem werden immer wieder Sparpläne diskutiert, die trotz dieser Situation Stellen streichen und Sachmittel kürzen wollen. Wer die Justiz in einer solchen Lage zum „Sparschwein“ der Haushaltskonsolidierung macht, gefährdet die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats.

Genau hier muss der neue „Pakt für den Rechtsstaat“ ansetzen. Geplant sind 450 Millionen Euro als Anschubfinanzierung für Personal, Digitalisierung und schnellere Verfahren. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Justiz wieder handlungsfähig zu machen. Doch die Unterzeichnung des Pakts im Dezember 2025 wurde kurzfristig abgesagt. Auch Monate später gibt es keine Einigung. Grund dafür ist der Streit über die Verteilung der Bundesmittel: Die Länder müssten die neu geschaffenen Stellen dauerhaft aus eigenen Haushalten finanzieren. Manche Länder sind dazu nicht bereit oder sagen, sie hätten bereits selbst investiert.

Aus Sicht der Gewerkschaften geht es hier nicht nur um Geld. Es wirkt so, als schieben Bund und Länder die Verantwortung hin und her. Dabei werden die Menschen vergessen, die den Rechtsstaat täglich am Laufen halten. Während auf Konferenzen Blockaden diskutiert werden, arbeiten in den Geschäftsstellen Kolleginnen und Kollegen hohe Aktenberge ab. Richterinnen und Richter müssen Verfahren oft verschieben, weil sie keine Kapazitäten haben. Staatsanwältinnen und Staatsanwälte fragen sich, wie sie mit immer weniger Personal immer mehr Verfahren schaffen sollen.

Für die DJG ist klar: Der Pakt für den Rechtsstaat darf kein bloßes PR-Projekt sein. Er muss ein langfristiges und belastbares Bündnis werden. Dazu gehören ausreichend und dauerhaft bezahlte Stellen, eine echte digitale Infrastruktur statt einzelner Lösungen, einfachere Verfahrensregeln und gute Arbeitsbedingungen. Nur so kann der öffentliche Dienst im Wettbewerb um junge Juristinnen und Juristen bestehen. Wenn der Staat einen funktionierenden Rechtsstaat wirklich will, muss er der Justiz nicht nur Sonntagsreden halten, sondern ihr die Mittel geben, die sie braucht, um ihren Auftrag zu erfüllen.

Solange Opfer schwerer Straftaten jahrelang auf Gerechtigkeit warten müssen und manche Betroffene aus Resignation gar keine Anzeige mehr erstatten, wächst das Misstrauen in der Gesellschaft. Der Pakt für den Rechtsstaat ist deshalb kein Luxus. Er ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Bund und Länder müssen jetzt zeigen, dass ihnen die Funktionsfähigkeit der Justiz wichtiger ist als haushaltspolitische Spielchen.

Klaus Plattes  
Bundsvorsitzender

Quelle: dbb-magazin April 2026, S. 32 ff.

## ARBEITSVORGANG:

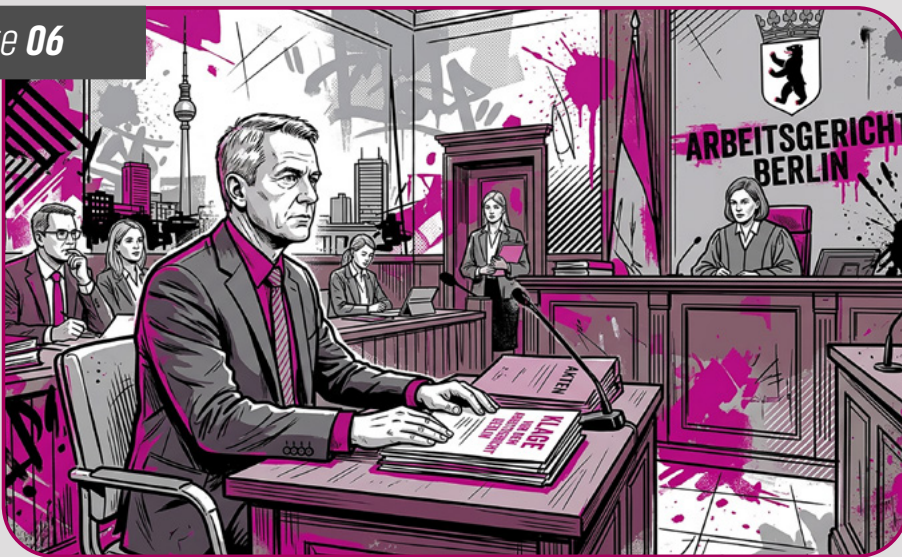
# TdL zündet nach Tarifverhandlungen nächste Eskalationsstufe – auf den Rücken der Beschäftigten!

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat beim Arbeitsgericht Berlin eine Verbandsklage eingereicht, die sich mit der Eingruppierung im TV-L beschäftigt. Damit stellt die TdL erneut den Arbeitsvorgang in den Mittelpunkt ihres Angriffs auf eine gute Bezahlung. Unter dem Etikett „Sicherheit und Rechtsklarheit“ versucht TdL-Chef Andreas Dressel, zugunsten der Arbeitgeber Regelungen zurückzudrehen. Dabei widerspricht er einer gefestigten und arbeitnehmerfreundlichen Rechtsprechung, die der TdL offensichtlich nicht passt.

## Herabgruppierung als System

Die TdL verfolgt das Modell, dass bestehende Beschäftigte ihren Besitzstand behalten, neue aber schlechter eingruppiert werden. Das ist sozialpolitisch zynisch und personalstrategisch unklug. Gerade in Zeiten mit tausenden unbesetzten Stellen und einer Alterspyramide, die den öffentlichen Dienst ohnehin unter Druck setzt, ist das ein falscher Weg.

Seite 06



## Worum geht es beim Arbeitsvorgang politisch?

Der Arbeitsvorgang entscheidet maßgeblich über die Eingruppierung – und damit über die Entgeltgruppe.

Wer den Arbeitsvorgang enger definiert, kann Tätigkeiten künstlich kleinrechnen und so Herabgruppierungen begründen.

Genau hier setzt die TdL an: Sie will sich mehr Spielräume verschaffen, um die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen schlechter zu bewerten – bei gleichzeitig steigenden Anforderungen und verdichteter Arbeit.

## Politische Einordnung

Schon in der letzten Einkommensrunde hatte die TdL hartnäckig versucht, den Arbeitsvorgang als Schlupfloch für Herabgruppierungen zu nutzen. Dabei hat sie nie nachweisen können, wo es in der Praxis wirklich Probleme geben soll. Bemerkenswert ist, dass der Arbeitsvorgang weder in der TV-H-Runde mit Hessen noch in der TVöD-Runde mit Bund und Kommunen ein Thema war. Dort sehen die Arbeitgeber keinen Handlungsbedarf. Damit steht die TdL fast allein mit ihrem Vorhaben da. Ihr Kurs wirkt daher eher wie ein ideologisch motiviertes Sparprogramm.

## Kritik an der Verhandlungstaktik der TdL

Die TdL verlangte von den Gewerkschaften eine feste Zusage für eine Änderung des Arbeitsvorgangs. Im Gegenzug bot sie nur vage Versprechen für die Zukunft an. Dazu gehörten zwar eine leichte Weiterentwicklung der Entgeltordnung, stufengleiche Höhergruppierungen oder eine Paralleltabelle für Lehrkräfte – Themen, die in anderen Bereichen schon geklärt sind.

Diese vermeintlichen Angebote sollen vor allem Druck erzeugen, um die Gewerkschaften zum Nachgeben zu bewegen. Wer gestalten will, macht belastbare Vereinbarungen. Wer dagegen schrittweise Rechte einschränken will, setzt auf solche Lockangebote.

Gleichzeitig beruft sich die TdL auf einen angeblichen „ursprünglichen Willen“ der Tarifvertragsparteien. Allerdings legt sie bis heute kein einziges Dokument vor, das diese Behauptung belegt. Die Gerichte entscheiden nach dem Tarifwortlaut und der tatsächlichen Arbeitsrealität, nicht nach den Wünschen der Arbeitgeber.

## Warum der dbb und die Gewerkschaften „Nein“ sagen mussten

Mit ihrem radikalen Vorgehen zum Arbeitsvorgang ist die TdL vor Gericht schon gescheitert. In der Einkommensrunde wollte sie deshalb über eine Änderung der Protokollerklärung zu § 12 TV-L erreichen, was sie auf juristischem Weg nicht durchsetzen konnte. Dabei ging es um die Möglichkeit, viele Beschäftigte herabzugruppieren.

Der dbb lehnte das klar ab, auch wenn er wusste, dass die TdL dadurch andere wichtige Themen blockieren würde. Alles andere hätte bedeutet, dass viele Beschäftigte erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssten. Außerdem würde der TV-L im Wettbewerb um Fachkräfte, vor allem im Vergleich zum TVöD, dauerhaft schlechter dastehen.

Karen Altmann  
Stv. Bundesvorsitzende Bereich Tarif  
Leiterin DJG Bundestarifkommission  
Quelle: dbb tacheles 05/2026



## Interview mit Volker Geyer

**Wir hatten im Frühjahr in Königslutter sowie im Nachgang zum Bundeshauptvorstand die Gelegenheit, mit Volker Geyer, dbb-Bundesvorsitzender, zu sprechen. Wir sagen Danke für die klaren Antworten auf unsere Fragen.**

In der Justiz gibt es deutliche personelle Engpässe. In mehreren Bundesländern berichten Medien von überlasteten Gerichten und Staatsanwaltschaften, die kaum noch nachkommen mit den Verfahren.

**Herr Geyer, wenn man sich die Personallücken, die vielen Verfahrensstapel und die Sparrunden ansieht: Hat die Politik wirklich verstanden, wie ernst die Situation im öffentlichen Dienst ist und wie schwierig es gerade in der Justiz aussieht?**

*Die Politik verkennt die Überlastung der Justiz völlig. Statt die Justizberufe attraktiver zu machen, lädt sie den Beschäftigten ständig neue Aufgaben auf, ist aber gleichzeitig nicht bereit, bei der Bezahlung mitzugehen. Bei der Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben wir Verbesserungen und Modernisierungen in der Entgeltordnung eingefordert, weil sie Wertigkeit und Wirklichkeit nicht mehr widerspiegelt. Hier verweigern sich die Arbeitgeber aber komplett.*

Rund 600.000 Beschäftigte fehlen im öffentlichen Dienst. Sie fordern ausdrücklich „neue Wege“, um den Personalmangel zu bekämpfen. Die DJG und andere Justizverbände warnen seit Jah-

ren vor fatalen Folgen für die Rechtsstaatlichkeit. Sie fürchten die Folgen, wenn der Personalabbau und die Überlastung weitergehen.

**In Schule, Pflege und Justiz fehlen überall Fachkräfte. Was muss aus Ihrer Sicht jetzt endlich passieren, damit die Politik aufhört, den Personalmangel in der Justiz zu verharmlosen und stattdessen konsequent dagegen vorgeht?**

*Der Politik muss klar werden, dass es so nicht weitergeht. Justiz ist mehr als Strafverfahren. Hinter dem deutschen Justizapparat stehen viele Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeit oft unsichtbar bleibt. Wir müssen diese Arbeit sichtbarer machen, damit der Politik bewusst wird, wie viele Stellen tatsächlich unbesetzt sind. Um den Wert des öffentlichen Dienstes sichtbarer zu machen, hat der dbb die Kampagne „Deutschlands Stärke: unser öffentlicher Dienst“ gestartet.*

Der Forderungsbeschluss zur Einkommensrunde 2025/26 verlangt ausdrücklich, dass die Ergebnisse des TV-L rechtzeitig und vollständig auf alle Beamtinnen und Beamten im Länderbereich übertragen werden. Gleichzeitig gibt es Länder, die die Tarifiergebnisse nur verzögert oder nicht vollständig in der Besoldung umsetzen.

**Wie sehr ärgert es Sie, dass einige Länder beim 1:1-Transfer weiterhin zögern und damit besonders die Kolleginnen und Kollegen in der Justiz im Stich lassen? Manche Landesregierungen verstecken sich hinter der Debatte über die amtsangemessene**

**Alimentation. Sie nutzen diese Diskussion als Vorwand, um abzuwarten. Wie klar muss aus ihrer Sicht die Botschaft an diese Politik deshalb deutlich lauten: So geht man nicht mit Beamtinnen und Beamten in der Justiz um!?**

*Das Hinhalten ist demotivierend und kurzsichtig. Mit Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen, die Tag für Tag im Einsatz sind, hat das rein gar nichts zu tun.*

Seite 08

dbb und DJG und andere Verbände warnen, dass schlechte Bezahlung und ausbleibende Übertragungen die Gewinnung und Bindung von

Fachkräften massiv erschweren. Studien und Stellungnahmen zum öffentlichen Dienst verweisen auf den wachsenden Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um qualifiziertes Personal.

**Was sagen Sie den Kolleginnen und Kollegen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften, wenn Regierungen einerseits vom „starken Rechtsstaat“ sprechen, andererseits bei Besoldung und Tarifiergebnissen immer nur auf Zeit spielen? Läuft die Politik hier nicht bewusst in ein Attraktivitätsproblem für die Justiz?**

*Das ist ein Widerspruch, der nur schwer zu vermitteln ist. Die Schere zwischen Anforderungen und Einkommen geht immer weiter auseinander. Dazwischen ist genau dieses Attraktivitätsproblem, das sich dadurch vergrößert. Klar ist: Wer einen starken Rechtsstaat will, muss auch stark bezahlen.*

Herr Geyer, die TdL hat mit ihrer Verbandsklage zum Arbeitsvorgang einen neuen Angriff gestartet. Viele Kolleginnen und Kollegen befürchten, dass dies zu Herabgruppierungen und Einkommensverlusten führen könnte.

**Wie reagiert der dbb konkret auf diese Klage politisch, tariflich und – falls nötig – juristisch? Was sagen Sie den Kolleginnen und Kollegen? Und wie machen Sie der TdL klar, dass solche Angriffe auf den Arbeitsvorgang und die Eingruppierung die Länder im Wettbewerb um Fachkräfte stark schwächen?**

*Wir werden der TdL nicht die Hand reichen, über den Arbeitsvorgang flächendeckende Herabgruppierungen durchzuführen. Weder hat die TdL die Notwendigkeit dieser Maßnahme belegen können, noch kann sie darlegen, wie verschlechterte Einkommensbedingungen einen Beitrag dazu leisten sollen, fehlende Fachkräfte zu gewinnen. Bei dem nun von der TdL losgetretenen Klageverfahren werden wir natürlich die Rechte der Kolleginnen und Kollegen konsequent und mit guten Argumenten vertreten.*

Eine Mehrheit der Bevölkerung fordert, dass Beamtinnen und Beamte in die Rentenkasse einzahlen. Fachleute sagen, dass dies die grundlegenden Probleme der Rentenversicherung kaum löst.

**Wie klar müssen der dbb und die DJG hier gegenüber der Politik die rote Linie ziehen, damit der Beamtenstatus nicht scheinweise ausgehöhlt wird?**

*Der Beamtenstatus ist ein Garant für die Funktionstüchtigkeit unseres Staates. Der Vorschlag, Beamtinnen und Beamte in die Rente einzubeziehen, ist außerdem schlicht verfassungswidrig, das wurde uns auch gutachterlich bestätigt. Die Kolleginnen und Kollegen halten das Land am Laufen – jeden Tag. Diese Stabilität und Kontinuität kann eben nur das Berufsbeamtentum gewährleisten. Außerdem schwören sie einen Eid auf die Verfassung, was den Beamtenstatus auch zum Grundpfeiler und Wahrer unserer Demokratie macht. Daran zu rütteln wäre höchst unverantwortlich. Auch das zeigen wir mit unserer neuen Kampagne „Deutschlands Stärke: unser öffentlicher Dienst“.*

Analysen zur Rentenreform zeigen, dass eine Einbeziehung von Beamten kurzfristig höhere Einnahmen, langfristig aber massive Zusatzlasten für die öffentlichen Haushalte bringen würde. Damit droht genau jene finanzielle Schwächung des Staates, die sich direkt auf Personal- und Sachausstattung der Justiz auswirken.

**Was antworten Sie den politischen Kräften, die mit einfachen Parolen an den Sozialsystemen und am Beamtenstatus Veränderungen vornehmen wollen?**

*Früher oder später müssen aus dem Rententopf dann zusätzlich die Beamtinnen und Beamten versorgt werden. Das ist ein finanzieller Bumerang. Die demografische Herausforderung, vor der das Rentensystem steht, lösen wir nicht durch Populismus, sondern durch sachliche Debatten. Hier geht es doch oft nur um schnelle Sympathie durch Sündenböcke. Wer seriöse Politik betreiben will, denkt weit voraus, nicht nur bis zur nächsten Legislaturperiode. Und das bedeutet auch, diesen finanziellen Bumerang im Blick zu haben, der bei der Einbeziehung auf die Haushalte zukommen würde. Unterm Strich würde der Vorschlag, Beamtinnen und Beamte in die Rente einzubeziehen, die Steuerzahler viel teurer kommen, deshalb ist das reiner Populismus. Mit diesen Debatten über vermeintliche Gerechtigkeitslücken wird den Bürgerinnen und Bürgern nur Sand in die Augen gestreut.*

Beiträge in großen Medienhäusern stellen den Beamtenstatus offen in Frage und zeichnen ein verzerrtes Bild der Beamtenschaft. Äußerungen von Spitzenpolitikern haben in der Vergangenheit scharfe Kritik ausgelöst, weil sie die Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst pauschal abwerten.

**Wie sehr beschädigt diese Stimmung die Kolleginnen und Kollegen in der Justiz – und was erwarten Sie hier an klarer Kurskorrektur von Regierungen und der Spitzenpolitik?**

*Das Beamtenbashing hat derzeit wieder Hochkonjunktur. Die Politik muss erkennen, dass man den öffentlichen Dienst nicht attraktiv macht, wenn man ihn konstant schlechtredet. Sie schadet dem Ruf des öffentlichen Diensts sowohl als Arbeitgeber als auch als überlebenswichtiger Leistungsträger. Ein positiver Blick dagegen schafft mehr Vertrauen und Investitionsbereitschaft in den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten.*

Einige Landesverbände der DJG warnen vor Stellensperrungen und Haushaltskürzungen, Einsparungen durch Nichtbesetzung vakanter Stellen sowie fehlenden Investitionen in Personal und IT.

**Wenn Justizministerien Sparrunden ankündigen, Stellen kürzen oder nicht besetzen und bei Sachmitteln den Rotstift ansetzen, dann trifft das die dritte Gewalt ins Mark. Wie deutlich und wie lange müssen dbb und DJG den Verantwortlichen in den Ländern noch sagen: Wer so mit der Justiz umgeht, gefährdet bewusst den Rechtsstaat?**

*Es ist ein bisschen wie in der Schule: Wiederholen, wiederholen, wiederholen. Die Politik sieht selbst, dass sich der Zustand verschlechtert. Außerdem sind in diesem Jahr mehrere Landtagswahlen. Das ist ein guter Zeitpunkt, Druck auf die Landesregierungen auszuüben.*

Der Deutsche Richterbund und Teile der Justizministerkonferenz fordern eine Neuauflage beziehungsweise eine Verstetigung des Pakt für den Rechtsstaat. Dabei geht es besonders um die Bereiche Personal und Digitalisierung. Studien zu Justizhaushalten zeigen, dass in vielen Bundesländern die Mittel für wirkliche Modernisierung weiterhin nicht ausreichen.

**Seit Jahren verspricht die Politik mehr Personal, moderne IT und schnellere Verfahren – Stichwort Pakt für den Rechtsstaat. Wie groß ist aus Ihrer Sicht die Diskrepanz zwischen den Ankündigungen und dem Alltag in den Dienststellen angesichts überlasteter Haushalte, einer älter werdenden Belegschaft und vieler offener Baustellen bei der Digitalisierung? Wie dringend brauchen wir einen echten „Pakt für den Rechtsstaat 2.0“, der Justiz und öffentlichen Dienst nicht nur in Sonntagsreden lobt?**

*Der dbb hat in den vergangenen Jahren immer eine Verstetigung des Pakts für den Rechtsstaat gefordert. Daher begrüßen wir, dass die Bundesregierung den Pakt für den Rechtsstaat weiterentwickelt und in die personelle Stärkung der Justiz investieren will. Damit würde zugleich auch eine langjährige Forderung der Länder aufgegriffen werden. Wichtig wird sein, bei der Schaffung von Stellen alle Justizberufe zu berücksichtigen sowie den Ausbau der Digitalisierung der Justiz zu beschleunigen. An dieser Stelle scheint die Diskrepanz besonders groß zu sein: Es ist doch keine Lösung, wenn am Ende digitale Dokumente für die Weiterverarbeitung ausgedruckt werden müssen.*

Während die Politik gerne vom „starken Rechtsstaat“ spricht, erleben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz täglich, wie sehr Sparpolitik und halbherzige Reformen den Rechtsstaat belasten. Gleichzeitig wächst der Druck: Es gibt mehr Verfahren, die Situationen werden komplizierter, und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger steigen.

**Herr Geyer, wenn Sie an die nächsten fünf bis zehn Jahre denken – mit den drohenden Kürzungen der Haushalte, Pensionierungswellen, Arbeitsüberlastung in Dienststellen, der überfälligen Digitalisierung und der laut werdenden Debatte über den Beamtenstatus: Welche klaren Zusagen erwarten Sie als dbb dafür von der Politik?**

*Ich kann mich hier nur wiederholen: Mehr Personal durch attraktive Einkommen und Arbeitsbedingungen. Bürokratieabbau, um die Prozesse zu beschleunigen. Moderne Technik (Stichwort Digitalisierung), um für die Bürgerinnen und Bürger zugänglicher zu sein. Und abschließend: Ein positiver Blick auf den öffentlichen Dienst, damit überhaupt die Motivation da ist, die genannten Änderungen auch umzusetzen. Das heißt aber auch: Hände weg vom Beamtenstatus und Schluss mit dem Beamten-Bashing! Die Bürgerinnen und Bürger erwarten einen handlungsfähigen Staat, gerade in Krisenzeiten!*



© 2026 zallmann

Die Frühjahrstagung der 97. Justizministerkonferenz fand am 11. und 12. Juni 2026 in Hamburg statt; laut den veröffentlichten Informationen wurden dabei rund 50 Beschlüsse zu aktuellen rechtspolitischen Fragen verabschiedet.

## Seite 10

**Im Mittelpunkt standen nach den Länderinformationen insbesondere der Opferschutz bei sexualisierter Gewalt, die Stärkung der Resilienz des Rechtsstaats, der Schutz kritischer Infrastrukturen, die Bekämpfung organisierter Kriminalität sowie strukturelle Fragen zur Handlungsfähigkeit der Justiz.**

### Zentrale Ergebnisse

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf dem Sexualstrafrecht. Die Konferenz forderte auf Initiative von Hamburg und Niedersachsen eine Verlängerung der Verjährungsfrist für bestimmte Fälle der Vergewaltigung, weil gravierende Taten nach geltendem Recht teils bereits nach fünf Jahren verjähren. Zusätzlich sprach sich die Konferenz für eine Prüfung aus, schwere Sexualstraftaten in den Katalog des § 138 StGB aufzunehmen, um in bestimmten Fällen eine Anzeigepflicht zu schaffen.

Ein weiterer Themenblock betraf die Resilienz des Rechtsstaats. Die JuMiKo drängte erneut auf einen Abschluss des Pakts für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern; dabei werden ausdrücklich mehr Personal, zusätzliche finanzielle Mittel für die Digitalisierung und schnellere, schlankere Verfahren als zentrale Voraussetzungen genannt.

Auch die innere Sicherheit und der Schutz staatlicher Strukturen spielten eine wichtige Rolle. Die Konferenz sprach sich dafür aus, die Strafverfolgung extremistisch motivierter Angriffe auf kritische Infrastrukturen zu verschärfen, unter anderem durch

eine Anhebung des Strafrahmens bei verfassungsfeindlicher Sabotage und durch weitergehende Ermittlungsbefugnisse. Daneben forderten die Länder eine bessere strafrechtliche Erfassung organisierter Kriminalität und ein wirksameres Abschöpfen illegal erlangter Vermögenswerte.

Weitere Beschlüsse zielten auf gesetzliche Nachschärfungen und Verfahrensvereinfachungen. Nach Länderangaben bat die JuMiKo den Bund etwa zu prüfen, ob arbeitsteilig begangene Diebstähle im Strafgesetzbuch klarer als besonders schwerer Fall erfasst werden sollten. Ebenfalls angesprochen wurden ein digitaler Austausch bestimmter Mitteilungen im Bundeszentralregisterverfahren sowie ein rechtssicherer Prüfmechanismus gegen offenkundigen Missbrauch des Selbstbestimmungsgesetzes.

### Bedeutung für die Deutsche Justiz-Gewerkschaft

Für die Deutsche Justiz-Gewerkschaft sind die Beschlüsse vor allem dort relevant, wo sie an langjährige gewerkschaftliche Kernforderungen anknüpfen. Besonders bedeutsam ist das erneute Drängen auf einen Pakt für den Rechtsstaat, weil die Konferenz damit selbst festhält, dass eine funktionsfähige Justiz ohne personelle Verstärkung, konsequente Digitalisierung und beschleunigte Verfahren nicht zu sichern ist. Aus DJG-Sicht stützt das die Argumentation, dass Überlastung in Gerichten und Staatsanwaltschaften nicht nur ein Verwaltungsproblem, sondern ein Risiko für den Rechtsstaat ist.

Positiv ist außerdem, dass die Konferenz nicht nur symbolpolitische Debatten geführt, sondern mehrere praxisnahe Felder adressiert hat, die den

Arbeitsalltag in der Justiz unmittelbar berühren: Verfahrensbeschleunigung, digitaler Datenaustausch, Schutz der Justiz vor Druck und die bessere Verfolgbarkeit schwerer Kriminalität. Das kann die Belastung der Mitarbeitenden mittelbar senken, sofern aus den Beschlüssen zügig konkrete Bundesgesetzgebung und finanzierte Umsetzungsprogramme folgen.

Kritisch bleibt jedoch, dass die JuMiKo selbst keine unmittelbaren Personalstellen schafft und viele Beschlüsse zunächst nur Prüfaufträge oder Aufforderungen an den Bund enthalten. Für die DJG bedeutet das: Die Konferenz liefert politische Argumente und Rückenwind, ersetzt aber nicht den gewerkschaftlichen Druck auf Bund und Länderebene, damit aus Beschlüssen tatsächlich mehr Stellen, moderne Technik und verlässlichere Abläufe werden.

### Fazit

Die Justizministerkonferenz in Hamburg hat wichtige rechtspolitische Signale gesetzt und zentrale Problemfelder der Justiz klar benannt, insbesondere beim Opferschutz, bei der Sicherheitsgesetzgebung und bei der institutionellen Stärkung des Rechtsstaats. Für die DJG liegt der größte Wert der Ergebnisse darin, dass der politische Befund nun erneut offiziell formuliert ist: Eine leistungsfähige Justiz braucht mehr Personal, bessere digitale Infrastruktur und effizientere Verfahren.

Genau daraus kann die DJG Legitimation für ihre Forderungen in Tarif-, Personal- und Strukturdebatten ableiten. Ihre Forderungen zu Gehör bringen wird die DJG wieder mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Landesverbänden im Rahmen der diesjährigen Herbstkonferenz am 19.11. in Hamburg vor Ort.

# BUNDESJUGENTTAG KOBLENZ 2026

Für den regelmäßig stattfindenden Bundesjugendtag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) wurde in diesem Jahr Koblenz als Austragungsort ausgewählt.

Wir, die JUNGE DJG, sind eine aus verschiedenen Bundesländern zusammengesetzte Gruppe, die es sich zum Ziel gemacht hat, die Interessen von Tarifbeschäftigten, Beamtinnen und Beamten, Anwärterinnen und Anwärtern sowie Auszubildenden – kurz: der Jugend – auf Bundesebene zu vertreten.

Auf Missstände aufmerksam zu machen und in den Austausch über Probleme innerhalb von Behörden und Bundesländern zu treten, ist bei uns nicht nur möglich, sondern ausdrücklich erwünscht. Die Bundesjugendleitung nimmt sich dieser Themen an und trägt sie plakativ an die politischen Entscheidungsträger heran, die über eine moderne und verbesserte Arbeitsumgebung für die aktuelle sowie kommende Generation entscheiden und Veränderungen herbeiführen können.

In manchen (wenn auch nicht allen) Fällen kann so viel erreicht werden. Bei Themen, die bislang noch nicht umgesetzt wurden, bleiben wir dennoch dran und setzen uns so lange hartnäckig ein, bis eine zufriedenstellende Lösung gefunden ist. Auch unser Bundesjugendtag in Koblenz war von diesem Leitbild geprägt. Das Zusammenkommen von Delegierten aus allen Teilen des Landes führte zu intensiven Diskussionen und guten Gesprächen. Neue Kontakte wurden geknüpft und wertvolle Erkenntnisse gewonnen.

Die ansonsten formelle Sitzung erhielt zudem einen emotionalen Rahmen, als die „alte Bundesjugendleitung“ durch die neu gewählte Leitung abgelöst wurde.

Ein weiterer Programmpunkt war ein „Speed-Dating“, das den Austausch untereinander zusätzlich förderte und bei vielfältigen Themen zu zahlreichen interessanten Gesprächen führte.

Der Abschluss des Tages stand schließlich ganz im Zeichen der Arbeit der bisherigen Bundesjugendleitung. Ein organisierter Pub-Crawl bot einen lockeren und gelungenen Rahmen, um gemeinsam „Alt und Neu“ zu feiern.

Bundesjugendleitung  
JUNGE DJG



V.l.n.r.: Katrin Hagenbuchner, Tim Sudheimer, Lena Reichert, Jeremy Döbler und Zoe Seydlitz (kooptiert) sind nun als neue Bundesjugendleitung aktiv



Gruppenbild vor der Hauptfiliale der Debeka Koblenz in deren Räume der BJT statt fand.

# FACHBEREICH SENIOREN SENIORENARBEIT IST KEIN NEBENKRIEGSSCHAUPLATZ



Die Bundessenorenvertretung der Deutschen Justiz-Gewerkschaft kam Anfang Mai 2026 in Saarbrücken zusammen. Was auf der Tagesordnung zunächst nach klassischer Gremienarbeit klang, entwickelte sich schnell zu einer inhaltlich dichten Tagung mit klaren politischen Aussagen. Nach Begrüßung und den üblichen formalen Punkten – von der Genehmigung der Tagesordnung bis zum Rückblick auf die letzte Sitzung – wurde deutlich: Die eigentliche Arbeit beginnt dort, wo es unbequem wird.

Ein zentrales Thema war der Austausch mit Thomas Krupp von der dbb Bundesessenorenvertretung. Seine Botschaft war deutlich: Der gleichzeitige Personalabbau und der allseits beklagte Fachkräftemangel passen schlicht nicht zusammen. Wer so agiert, produziert Probleme, statt sie zu lösen. Noch greifbarer wurde es beim Thema Digitalisierung. Der Anspruch auf Unterstützung für ältere Menschen besteht – zumindest auf dem Papier. In der Realität sieht es oft anders aus. Wer kein Smartphone hat oder sich durch digitale Anwendungen nicht ohne Weiteres bewegen kann, wird zunehmend ausgeschlossen. Das ist kein Randproblem, sondern eine Frage der Teilhabe.

Seite 12

ANZEIGE

Debeka

## Mehr als nur ein Kostenerstatter im Krankheitsfall

### Debeka bietet ein umfassendes Gesundheitsmanagement für ihre Mitglieder

Nicht nur im öffentlichen Dienst ist die Debeka als größter privater Krankenversicherer bekannt. Dabei geht ihr Leistungsspektrum weit über die reine Erstattung von Krankheitskosten hinaus. Die Debeka Krankenversicherung stellt mit ihrem Programm proGesundheit ein Gesundheitsmanagement bereit, das ihre privatversicherten Mitglieder in vielen gesundheitlichen Lebenslagen unterstützt – eben, wenn es darauf ankommt.

### Entlastung im Krankheitsfall

Das Gesundheitsmanagement verfolgt das Ziel, Mitglieder im Krankheitsfall zu entlasten und sie dabei zu unterstützen, gesund zu bleiben oder schnell wieder gesund zu werden. Die Debeka stellt dafür fachkundige Beratung, z. B. bei chronischen Schmerzen und professionelle Begleitung bei seelischer Belastung, bereit. Interessierte finden die Angebote unter [www.debeka.de/progesundheit](http://www.debeka.de/progesundheit).

### Maßgeschneiderte Unterstützung in verschiedenen Lebenslagen

Mit ihrem Gesundheitsmanagement bietet die Debeka in vielen Lebenssituationen genau die Unterstützung an, die individuell gebraucht wird. Dazu gehört ein Online-Terminservice unter [www.debeka.de/terminservice](http://www.debeka.de/terminservice), der die Suche nach medizinischem Fachpersonal erleichtert. Mitglieder erhalten begleitende Programme bei Krebserkrankungen sowie Unterstützung bei Rückenbeschwerden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der mentalen Gesundheit. Hier bietet die Debeka auch niederschwellige Optionen. Hilfe bei Schlafstörungen sowie Themen rund um Kinderwunsch, Schwangerschaft und Familie runden die Angebotspalette ab. Auch im Bereich Pflege steht die Debeka ihren Versicherten vom Antrag bis zur individuellen Pflegeleistung zur Seite. Zudem können auch Zusatzversicherte spezielle Angebote für Sehhilfen wie Brillen oder Einlagen nutzen.

### Tradition des Füreinanders

Die Debeka Krankenversicherung wurde vor 120 Jahren von Mitgliedern für Mitglieder gegründet und ist als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit organisiert. Der genossenschaftliche Gedanke prägt die Arbeit des Unternehmens bis heute – von Generation zu Generation. Mit ihrem Gesundheitsmanagement setzt die Debeka diesen Ansatz fort und bietet ihren Versicherten eine Versorgung, die über die reine Kostenerstattung hinausgeht, um schnell wieder auf die Beine zu kommen.

Auch die immer wiederkehrenden Diskussionen um das Berufsbeamtentum wurden aufgegriffen. Der Tenor war eindeutig: Wer das System infrage stellt, darf sich nicht wundern, wenn sich diejenigen angegriffen fühlen, die es über Jahrzehnte getragen haben. Angriffe auf das Berufsbeamtentum sind eben auch Angriffe auf die Lebensleistung pensionierter Beamtinnen und Beamter. Die oft ins Spiel gebrachte Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung wurde kritisch gesehen – nicht zuletzt mit Blick auf die langfristigen finanziellen Auswirkungen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Thema Altersdiskriminierung. Grundlage war eine umfangreiche Ausarbeitung aus den eigenen Reihen, die zeigt, wie präsent das Thema im Alltag tatsächlich ist. Die Diskussion hat eines klar gemacht: Altersdiskriminierung ist kein theoretisches Problem, sondern findet statt – häufig subtil, aber mit spürbaren Folgen.

Spannend – und mit Blick nach vorn besonders relevant – war der Austausch mit der Jugendvertretung. Die Jugendvertreterin stellte ihr Konzept vor und brachte damit eine andere Perspektive in die Runde. Ein gemeinsam geplanter Workshop von Jung und Alt soll genau dort ansetzen: zwei Blickwinkel, ein Verband. Ziel ist es, voneinander zu lernen, Erfahrungen weiterzugeben und die DJG auch langfristig attraktiv zu halten. Zugleich könnte das Format als Pilotprojekt für andere dbb-Gewerkschaften dienen. Thomas Krupp wurde daher herzlich eingeladen, sich bei den weiteren Planungen einzubringen. Der Ansatz ist pragmatisch überfällig – und vielleicht genau das, was Verbandsarbeit an dieser Stelle braucht.

Auch ganz konkrete Alltagsfragen wurden nicht ausgespart. Der Wohnungsmarkt ist für viele ältere Menschen längst zum Problem geworden. Der oft erhobene Vorwurf, ältere Menschen würden „zu groß“ wohnen, greift zu kurz. Wer sich verkleinern will, findet

häufig schlicht keine bezahlbare Alternative. Hier sind politische Lösungen gefragt – nicht wohlfeile Debatten. Ähnlich deutlich fiel die Diskussion zum Rückbau von Serviceangeboten aus. Bank-schalter verschwinden, persönliche Ansprechpartner werden weniger, vieles verlagert sich ins Digitale. Die Erwartung, dass alle damit problemlos umgehen können, ist realitätsfern. Die Forderung ist daher klar: Es muss immer eine erreichbare Alternative geben – auch ohne App und ohne Endgerät.

Ein Thema, das oft im Schatten steht, aber entscheidend ist, wurde ebenfalls angesprochen: das Ehrenamt. Die Möglichkeiten sind begrenzt, das wurde offen eingeräumt. Aber eines steht fest: Wer sich engagiert, darf am Ende nicht noch draufzahlen. Fahrtkosten und Aufwendungen müssen erstattet werden – alles andere ist auf Dauer nicht tragfähig.

Neben diesen inhaltlichen Schwerpunkten standen auch organisatorische Fragen auf der Tagesordnung. Die vorgesehene Wahl innerhalb des Fachbereichs konnte nicht wie geplant durchgeführt werden, weil formale Voraussetzungen nicht erfüllt waren. Auch das gehört zur Realität von Verbandsarbeit – und zeigt, dass Engagement allein nicht reicht, wenn Strukturen nicht sauber greifen. Besonders hervorzuheben ist auch die hervorragende Organisation durch den Landesverband Saar. Von der Vorbereitung bis zur Durchführung war die Tagung bestens begleitet. Dafür gilt dem Landesverband Saar ein herzlicher Dank.

Unterm Strich bleibt eine klare Erkenntnis: Die Themen der Seniorenvertretung sind konkret, alltagsnah und politisch relevant. Es geht nicht um Rückblick, sondern um Teilhabe – heute und in Zukunft.

Silke Gölzenleuchter  
Landesverband Hessen



V.l.n.r.: Andreas Andresen, Sabine Wenzel, Joachim Klein, Wolfgang Bernig, Rita Lorenzen, Gerlind Hildebrandt, Dirk Biegel, Silke Gölzenleuchter, Jutta Andresen, Michaela Rieck, Christa Franz und Roland Scholz

# FACHBEREICH MENSCHEN MIT BEHINDERUNG TREFFEN IN KÖNIGSLUTTER IM APRIL 2026

Im niedersächsischen Königslutter trafen sich die Mitglieder der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) vom 27. bis 30. April 2026 zum Fachbereichstreffen „Menschen mit Behinderungen“. Vom Bundesvorstand nahm Michaela Rieck an der Veranstaltung teil.

Im Mittelpunkt des Treffens stand der intensive Austausch zwischen den Teilnehmenden aus den verschiedenen Bundesländern. Sie berichteten über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen vor Ort, um die gewonnenen Erkenntnisse anschließend in ihre jeweiligen Landesverbände weiterzutragen.

Ein fachlicher Schwerpunkt lag auf dem Thema „Grad der Behinderung (GdB)“. Zwei Dozenten des Integrationsamtes erläuterten in einem Präsenzvortrag anschaulich den gesamten Prozess - von der Antragstellung bis zum Bescheid. Dabei wurden insbesondere die Kriterien zur Festlegung des GdB sowie das anschließende Widerspruchsverfahren detailliert vorgestellt.

Ergänzend dazu fanden zwei Online-Vorträge statt: Ein weiterer Schwerpunkt lag auf den Wahlen der Schwerbehindertenvertretung sowie auf dem Beschäftigungssicherungszuschluss. Auch hier konnten wertvolle Einblicke und praxisnahe Informationen vermittelt werden.

Ein besonderes Highlight brachte Heinz Peter Engels aus dem Saarland mit: Er präsentierte eine innovative Ray-Ban-Brille, die blinden Menschen ihre Umgebung akustisch beschreibt. Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, diese Technologie selbst auszuprobieren - ein eindrucksvolles Erlebnis.

Das Fachbereichstreffen wurde von allen Beteiligten als voller Erfolg bewertet. Neben dem fachlichen Input bot es zahlreiche Impulse für die tägliche Arbeit und stärkte zugleich den bundesweiten Austausch.

Heidi Stuffer  
Fachbereichsleiterin Menschen mit Behinderung



V.l.n.r.: Ines Kunze, Kerstin Baranski, Heinz-Peter Engels, Christoph Vollert, Heidi Stuffer, Dirk Barkanowitz, Cornelia Gessinger, Uwe Diederich, Kay Wollesen, Nicole Partenheimer, Michaela Rieck, Frank Wesche

## IMPRESSUM

DJG notizen Nr. 02-2026  
Mitgliederinformation  
Deutsche Justiz-Gewerkschaft  
Bundesverband (DJG)

V.i.S.d.P.:  
Beatrix Schulze und  
Klaus Plattes  
(Bundesvorsitzende)

Redaktionsschluss 02-2026  
15. September 2026

### Redaktion und Fotos:

Klaus Zallmann  
DJG-Mitglieder sowie  
namentlich gekennzeichnete  
Berichte und der Redaktion  
eingereichte Bilder

Layout:  
Klaus Zallmann, 2mal6 GmbH

**STARK, WENN'S  
DRAUF ANKOMMT**

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

**Beste Leistungen  
erlebst du, weil  
wir mit ganzem  
Herzen für  
dich da sind.**

Als Marktführer mit 120 Jahren Erfahrung sind wir an deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation. Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.

Handelsblatt

**BESTE  
Kranken-  
versicherer**

1. Platz

2025

Debeka

Im Vergleich:  
30 Krankenversicherer  
ServiceValue GmbH  
17.07.2025

Mehr Infos?  
Hier scannen!



**Debeka**

Das Füreinander zählt.

## DJG Brandenburg feiert historischen Erfolg bei den Personalratswahlen 2026

POTS DAM. Die Würfel sind gefallen, die Stimmen ausgezählt: Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG), Landesverband Brandenburg, geht als triumphierende Siegerin aus den Personalratswahlen 2026 hervor. Mit einem beeindruckenden Ergebnis sichert sich die DJG die Spitzenposition und festigt ihre Rolle als stärkste Kraft und klare Nummer eins im Hauptpersonalrat der brandenburgischen Justiz. Nach intensiven Wochen des Wahlkampfes blickt die Gewerkschaft mit Stolz, vor allem aber mit tiefer Dankbarkeit auf das Vertrauen der Beschäftigten.

Seite 16

### Vertrauensvorschuss als klarer Handlungsauftrag

Das Wahlergebnis spricht eine deutliche Sprache: Die DJG Brandenburg konnte in beiden Lagern – sowohl bei den Arbeitnehmern als auch bei den Beamten – deutliche Stimmenzuwächse verzeichnen.

Ein besonderer Meilenstein: Auf der Liste der Arbeitnehmer konnte die Gewerkschaft einen zusätzlichen Sitz hinzugewinnen. Durch diesen Zuwachs stellt die DJG ab sofort nicht nur die Mehrheit der Sitze im Hauptpersonalrat, sondern künftig auch die Vorsitzende des Gremiums.

„Jedes einzelne Kreuz auf den Stimmzetteln ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein klarer Handlungsauftrag“, heißt es aus den Reihen der DJG Brandenburg. „Wir nehmen dieses Vertrauen mit großem Respekt an und werden uns ab dem ersten Tag mit vollem Einsatz für die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen in der Justiz starkmachen.“

### Erste Erfolge zeigen bereits Wirkung

Dass die DJG Brandenburg weiß, wie man spürbare Verbesserungen durchsetzt, hat sie bereits im Vorfeld der Wahlen unter Beweis gestellt. Ein prominentes Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist die erfolgreiche Anhebung des Bekleidungszuschusses für die Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister.

Diese Maßnahme wird von der Gewerkschaft als wichtiges Signal für Wertschätzung und bessere Arbeitsbedingungen verstanden – ein Kurs, der nun mit dem Rückenwind des Wahlergebnisses konsequent fortgesetzt werden soll.

### Blick nach vorn: Herausforderungen der Justiz anpacken

Mit dem gestärkten Mandat im Rücken geht die DJG Brandenburg die kommenden Aufgaben im Hauptpersonalrat entschlossen an. Die Herausforderungen in der Justiz – von der Nachwuchsgewinnung über die digitale Transformation bis hin zur Entlastung der bestehenden Belegschaft – sind



Mit Plakaten, Flyern sowie Visitenkarten und Tür-Hängern warb die DJG Brandenburg in den Dienststellen. Ergänzt wurde die Medienarbeit durch Beiträge in den sozialen Medien und natürlich die aktive Arbeit der Unterstützerinnen und Unterstützer in der heißen Phase der Wahlen ab Ende März.

groß. Die frisch gebackene Mehrheitsfraktion hat jedoch klargestellt, dass sie bereit ist, die Zukunft der brandenburgischen Justiz aktiv, konstruktiv und durchsetzungsstark mitzugestalten.

Die DJG Brandenburg bedankt sich herzlich bei allen Wählerinnen und Wählern sowie bei den zahlreichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, die diesen demokratischen Erfolg möglich gemacht haben. Der Wahlsieg von heute ist das Fundament für die starke Interessenvertretung von morgen.

Patricia Schreier  
Vorsitzende Deutsche Justiz-Gewerkschaft Brandenburg

Anika Lenz  
Jugendvertreterin  
Deutsche Justiz-Gewerkschaft Brandenburg

# KEIN EINFACHER DIENST

Der Fachtag „Kein einfacher Dienst“ des DJG-Landesverbands NRW im Essener Unperfekthaus war mehr als nur eine Fachveranstaltung. Er setzte ein deutliches Zeichen an die Politik und die Justizverwaltungen, den Justizwachtmeisterdienst endlich ernst zu nehmen. Rund 100 Teilnehmende, darunter Vertreterinnen und Vertreter aus dem Justizministerium, den drei NRW-Oberlandesgerichten sowie zahlreichen Land- und Amtsgerichten, machten klar: Ohne eine starke erste Sicherheitslinie gibt es keine sichere Justiz.

Im Mittelpunkt stand der tiefgreifende Wandel des Berufsbildes. Weg vom vermeintlichen „Ordnungsdienst“ hin zu einem hochverantwortlichen Sicherheits- und Serviceberuf an der Frontlinie von Gerichten und Staatsanwaltschaften. Während Übergriffe und Bedrohungen zunehmen, sind Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister zusätzlich durch digitale Mehrarbeit belastet – ohne passende Ausbildung, Ausrüstung und Wertschätzung.

Die Impulsvorträge von Jörg Heinrichs, Präsident des AG Dortmund, und Anne Herr vom NRW-Netzwerk „#sicherimDienst“ verdeutlichten: Wer Deeskalation, rechtssicheres Handeln und professionelle Gefahrenabwehr erwartet, darf die Mitarbeitenden nicht länger mit Flickenteppich-Sicherheitsstandards und Lippenbekenntnissen abspeisen. Das Beschäftigtenschutzgesetz NRW und Netzwerkstrukturen sind wichtige Schritte, doch ohne verbindliche Umsetzung vor Ort bleiben sie nur auf dem Papier.

An den Themeninseln Ausbildung, Sicherheit und Zukunft erarbeiteten die Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister gemeinsam mit dem hochkarätigen Fachpublikum ihren Auftrag an Politik und Dienstherren: eine landeseinheitliche modulare Ausbildung statt bloßer Einarbeitung, verpflichtende Fortbildungen, zusätzliche Kompetenzen in IT, Deeskalation und Psychologie, Verbeamtung in einer reformierten Laufbahngruppe 1.2 sowie landesweit einheitliche Sicherheitsstandards mit moderner Schutzausrüstung und realitätsnahen Trainings. Zukunft bedeutet: weg von der Rolle als „Lückenbüßer“ und hin zu einem anerkannten Berufsbild mit Perspektive, besserer Besoldung und echter Fürsorge nach belastenden Einsätzen. Die DJG NRW nimmt diesen Auftrag an: Ausbildung, Sicherheit und Zukunft des Justizwachtmeisterdienstes gehören künftig auf jede Tagesordnung mit dem Ministerium, den Oberlandesgerichten und den Geschäftsleitungen. Wir werden nicht nachlassen, bis der Justizwachtmeisterdienst die Bedingungen bekommt, die er verdient.

Klaus Plattes  
DJG NRW

**Bild 1**  
Volles „Unperfekt-“ Haus Essen beim DJG-Fachtag „Kein einfacher Dienst“

**Bild 2**  
V.l.n.r.: Dr. Alexander Meyer (HJ NRW) und Gerd Nolden (OLG Köln)

**Bild 3 / Bild 4**  
Anne Herr (Netzwerk #sicherimDienst NRW) / Jörg Heinrichs (Präsident AG Dortmund)

**Bild 5**  
V.l.n.r.: Irina Gerstmann, Dr. Thorsten Baumanns und Dr. Martin Laufen (JM NRW)



## Volles Haus beim Betriebs- und Personalräteneupfang der CDU Landtagsfraktion

Die CDU-Landtagsfraktion hat am Montag (19.01.2026) ihren jährlichen Betriebs- und Personalräteneupfang ausgerichtet. Rund 150 Vertreterinnen und Vertreter von Betriebs- und Personalräten, Mitarbeiter- und Schwerbehindertenvertretungen sowie Frauenbeauftragte waren im großen Restaurant im Landtag dabei. Dabei waren auch die Personalvertretungen aus der Justiz. Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung des Nikolaus-Warken-Preises, der in diesem Jahr an die Arbeitskammer des Saarlandes ging.



Seite 18

## DJG-Fahrt des Landesverbandes Saarland nach Karlsruhe: Spannende Einblicke in die Welt der Justiz

Mit rund 50 Mitgliedern begab sich die DJG Saar am 8. Mai 2026 auf einen abwechslungsreichen Tagesausflug nach Karlsruhe. Ziel der Reise war der Bundesgerichtshof (BGH).

Ein besonderes Highlight des Tages war die exklusive Führung durch den Bundesgerichtshof, die von Dr. Karsten Schmidt, Richter am BGH persönlich begleitet wurde. Karsten Schmidt war zuvor viele Jahre Richter am Saarländischen Oberlandesgericht und ist der DJG Saar seit Langem verbunden. Umso mehr freuten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber, dass er die Führung für den Landesverband Saarland organisiert und begleitet hatte. Während der Führung erhielten die Mitglieder spannende Einblicke

in die Arbeitsweise des höchsten deutschen Zivil- und Strafgerichts. Besonders beeindruckend war die Besichtigung der größten juristischen Bibliothek Deutschlands sowie des historischen Palais, in dem Teile des Bundesgerichtshofs untergebracht sind. Die Kombination aus eindrucksvoller Architektur, traditioneller Geschichte und aktueller Rechtsprechung machte den Besuch zu einem besonderen Erlebnis.

Den gelungenen Abschluss fand der Ausflug bei einem gemeinsamen Abendessen im Landhaus am kleinen Sägeweiher in Limbach-Kirkel. In angenehmer Atmosphäre wurden die vielfältigen Eindrücke des Tages ausgetauscht und die Gelegenheit zu zahlreichen Gesprächen genutzt.

Die DJG-Fahrt nach Karlsruhe bot den Mitgliedern nicht nur interessante Einblicke in die deutsche Justiz, sondern auch die Möglichkeit, den kollegialen Austausch innerhalb der DJG Saar zu pflegen und zu vertiefen.

Carolina Paulus



## DJG Sachsen-Anhalt im Austausch mit dem Justizministerium: Laufbahnreform im Fokus – Gewerkschaft bringt zentrale Forderungen für den Justizwachmeisterdienst ein

Am 23. März 2026 fand im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt ein Treffen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) Sachsen-Anhalt und der Hausleitung des Ministeriums statt. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die geplante neue Laufbahnverordnung sowie deren Auswirkungen auf die Beschäftigten der Justiz.

Seitens der DJG nahmen die Landesvorsitzende Frau Beatrix Schulze sowie der Leiter des Fachbereichs Justizwachmeister teil. Das Ministerium wurde durch Ministerin Franziska Weidinger sowie weitere Mitarbeitende des Hauses vertreten.

In konstruktiver Atmosphäre wurden verschiedene Aspekte der neuen Laufbahnverordnung erörtert. Dabei brachte die DJG ihre Positionen und Praxiserfahrungen ein, insbesondere mit Blick auf die künftige Ausgestaltung der Laufbahnen und die Entwicklungsmöglichkeiten im Justizwachmeisterdienst.

Ein zentrales Thema war die fortschreitende Digitalisierung der Justiz. Beide Seiten tauschten sich darüber aus, wie digitale Prozesse sinnvoll gestaltet und zugleich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten berücksichtigt werden können. Ebenso wurde die Zusammenarbeit mit dem Justizvollzug angesprochen, insbesondere im Bereich der Ausbildung sowie im Hinblick auf mögliche Synergieeffekte zwischen den Bereichen.

Darüber hinaus stand die Frage einer möglichen Erweiterung der Aufgabenübertragung für den Justizwachmeisterdienst im Fokus. Dabei wurden unterschiedliche Perspektiven dargestellt und erste Überlegungen dazu diskutiert, wie eine künftige Anpassung der Aufgabenprofile aussehen könnte.

Zum Abschluss des Treffens betonten beide Seiten, dass eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum Thema Laufbahnverordnung für den Justizwachmeisterdienst eingerichtet werden soll. Dort soll gemeinsam erörtert werden, wie sich die Aufgaben im Justizwachmeisterdienst und im mittleren Dienst durch die Digitalisierung verändern und welche Aufgaben zwischen den jeweiligen Justizbereichen übertragen werden können. Mehrere Bundesländer haben den Justizwachmeisterdienst bereits in den mittleren Justizdienst überführt. Dieses Ziel wird von der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Sachsen-Anhalt weiterverfolgt, damit auch wir wettbewerbsfähig bleiben und für junge Menschen attraktiv sind. Das Gespräch diente insgesamt dem gegenseitigen Austausch von Positionen und der Vertiefung des Dialogs zwischen Gewerkschaft und Ministerium. Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung eines kontinuierlichen Austauschs, um die anstehenden Veränderungen im Interesse der Beschäftigten und einer leistungsfähigen Justiz gemeinsam zu gestalten.

Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit im Justizministerium bereits aufgenommen. Unser Fachbereichsleiter Thomas Weber wird dort unsere Interessen, Ideen und Vorschläge einbringen.

Thomas Weber  
Fachbereichsleiter Justizwachmeister  
Landesverband Sachsen-Anhalt



V.l.n.r.: Thomas Weber (DJG Sachsen-Anhalt), Franziska Weidinger (Justizministerin Sachsen-Anhalt) und Beatrix Schulze (DJG Sachsen-Anhalt und DJG Bundesvorsitzende)



## Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)



# Termine 2026

02.07. - 04.07.26	FB Mittlerer Dienst	Brandenburg
06.07. - 08.07.26	FB Justizwachtmeisterdienst	Eisenach
03.09. - 06.09.26	DJG Frauen	Bad Salzschlirf
10.09. - 11.09.26	Spätsommerfest DJG	Berlin
15.09.26	Redaktionsschluss Notizen	Ausgabe 3
17.09. - 19.09.26	Bundestarifkommission	Bad Vilbel
24.09. - 26.09.26	FB Rechtspfleger	Bad Salzschlirf
23.10. - 24.10.26	Bundesvorstandssitzung	Bad Salzschlirf
18.11. - 19.11.26	JuMiKo Demonstration	Hamburg
03.12.26	Redaktionsschluss Notizen	Ausgabe 4



**Aktuelle Infos  
im Pocket-Format?  
Abonniere den  
DJG WhatsApp-  
Channel!**



[www.3x7.de/whatsapp](http://www.3x7.de/whatsapp)